

### *Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Wien Penzing*

Der unterfertigende Bezirksrat stellt namens der Fraktion der Freiheitlichen Bezirksräte auf der am 06.04.2017 stattfindenden ordentlichen Sitzung der Bezirksvertretung von Wien Penzing gemäß § 23 der Geschäftsordnung folgende

## **Anfrage**

### **Betreffend „Anfragebeantwortung“ & Rechnungshofbericht**

zu S 991394/16, zu S 991401/16, zu S 991404/16, zu S 991407/16, zu S 991408/16,  
zu S 991412/16, zu S 991417/16, zu S 991419/16, zu S 991425/16, zu S 991427/16,  
zu S 991430/16, zu S 991431/16 iVm Rechnungshof-Rohbericht (GZ 004.411/004-3A3/16)

1. Wer trägt die Verantwortung dafür das die im Mai 2016 erteilten Sparvorgaben nicht umgesetzt wurden?
2. Wer ordnete das Ignorieren der Sparvorgaben an?
3. Was wollte man durch die Nichtbeantwortung der gestellten Anfragen erreichen?
4. Wie hoch ist der Schaden durch die unkontrollierte Ausschüttung von Steuergeldern aka Sozialhilfe, Mietbeihilfe, etc. an nichtberechtigte Empfänger in Wien, wie viele Mittel flossen davon an Nichtberechtigte in Penzing?
5. Wie viele Asylanten, Asylwerber, Geduldete sowie trotz negativen Asylbescheids nicht abgeschobene Fremde verlegten ihren Hauptwohnsitz 2014, 2015, 2016 aus den Bundesländern nach Wien?
6. Was könnte wohl der Grund für den Umzug dieses Personenkreises nach Wien sein?

## **Begründung**

Öffentliches Interesse.

Offensichtlich waren die zuständigen Stadträte nicht in der Lage schriftlich die verlangten Auskünfte zu geben.

Nun stellt sich die Frage ob die Stadträte bloß politisch nicht Stellung nehmen wollen oder ob die Stadträte und die ihnen zugeordneten Stellen schon den Durchblick verloren haben.

## *Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Wien Penzing*

Oder wissen die Stadträte gar nicht mehr an wen sie aller Geld und Sachleistungen vergeben? Der Rechnungshofbericht, die investigative Arbeit der Kronenzeitung<sup>1</sup> sowie die Beantwortungsfarce rund um die gestellten Anfragen lassen diese Schlüsse leider möglich erscheinen.

(2) Der RH kritisierte weiters, dass 27 Kinder im Alter von sechs bis zehn Jahren Mindestsicherung bezogen, obwohl sie nicht in Wien zur Schule gingen, und verwies darauf, dass 59 der mindestenssicherungsbeziehenden 6- bis 10-Jährigen zum häuslichen Unterricht angemeldet...

Bei anderen Fällen gewährte die MA40 nicht-österreichischen Beziehern mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel in Österreich Mindestsicherung, obwohl der MA40 keine gültigen Lichtbildausweise (z.B. Pass oder Personalausweis) vorlagen.

Auszüge Rechnungshof-Rohbericht (GZ 004.411/004-3A3/16)

**Anfragetext:**

Hallo mein Name ist [REDACTED]

und ich bin auf der Suche nach einem Zimmer für meinen Freund Hassan [REDACTED]. Er hat 9 Monate bei mir in St. Pölten gelebt und geht jetzt nach Wien, da das Land NÖ die Mindestsicherung um 300 Euro gekürzt hat.

[REDACTED] ist sehr sauber, raucht nicht und spricht schon fast gut deutsch.

Falls das Zimmer noch frei ist, wäre es nett von Ihnen Antwort zu erhalten.

MFG, [REDACTED]

**Kontaktdaten des Absenders:**

**Name:** [REDACTED]

**Telefon:** [REDACTED]

Wohnungsanfrage, wie sie vermehrt gestellt werden, die Absicht dahinter ist klar erkennbar....

BR Bernhard PATZER

21.02.2017

<sup>1</sup><http://www.krone.at/wien/rechnungshof-schwere-maengel-im-sozialhilfe-system-27-phantomkinder-story-554443>